

Einstellung der EHS-Beratung bei Tauwetter

Tauwetter wird zum Jahreswechsel 2019/2020 die EHS-Beratung / Beratung zum „Fonds Sexueller Missbrauch“ einstellen. Dies hat mehrere Gründe:

- Die Anlaufstelle Tauwetter arbeitet nach dem betroffenenkontrollierten Ansatz. Dies beinhaltet u.a., dass im Beratungsgespräch gemeinsam Wege und Lösungen für Fragen und Probleme von Nutzer*innen entwickelt werden, die diese selber umsetzen können. Eine EHS-Beratung erfordert aber oftmals im Gegensatz zu unserem Ansatz viel Sozialarbeit. Wir haben versucht, unseren Arbeitsansatz auch in die EHS-Beratung zu transferieren, sind aber damit an Grenzen gestoßen. Das System der Beratung zu einem Antrag erfordert es, sozialarbeiterisch die für die Betroffenen auftauchenden Probleme zu lösen. Die Unterstützung bei der Entwicklung der Fähigkeit, für Probleme selber Lösungen zu finden kann schon vom Rahmen her nicht Teil der Antragsberatung sein. (Sie könnte höchstens inhaltliches Ziel einer Antragstellung sein, was aber oft nicht gewünscht wird.)
- Es ist mehrfach geäußert worden, dass das EHS-System an zahlreichen Punkten verbesserungswürdig ist. Die Bearbeitungszeit für Neuansträge hat sich verbessert, leider nach wie vor unzureichend sind der schlechte Informationsfluss und die unklare Kommunikation zwischen der Geschäftsstelle und den Antragsteller*innen, (aber wohl auch mit einigen Beratungsstellen). Dies ist eine massive Belastung für nicht wenige Antragsteller*innen und erschwert die Arbeit für Beratungsstellen erheblich. Leider haben Versuche, an dieser Situation etwas zu ändern, bisher nicht die erwünschten Früchte getragen.
- Tauwetter e.V. hat eine Förderung der Berliner Senatsverwaltung für Bildung Jugend und Familie erhalten, um schwerpunktmäßig diejenigen Betroffenen zu beraten, die Ansprüche an das Land Berlin stellen wollen. Aber auch Beratung für Betroffene, die sich überhaupt informieren wollten, war möglich. Diese Förderung endet zum 31.12.2019.
Die pauschale Aufwandsentschädigung bei erfolgreichen Anträgen in Höhe von 100,- € steht leider in keinem Verhältnis zum Aufwand für die EHS-Beratungen, der sich als wesentlich umfangreicher herausgestellt hat, als zuerst gedacht. Wir sehen uns nicht in der Lage, die für eine gute EHS-Beratung notwendigen Ressourcen aufzubringen.

Die Einstellung der Förderung ist für uns noch einmal Anlass gewesen, die EHS-Beratung zu reflektieren. Sie ist aber im Grunde eher der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt, als die eigentliche Ursache für unseren Ausstieg.

Uns ist bewusst, dass unser Ausstieg für einige Betroffene eine Lücke hinterlässt. Gute Sozialarbeit wird aber (hoffentlich) auch von anderen geleistet. Wir denken, dass es wichtig ist, dass wir uns auf unseren Ansatz konzentrieren. Betroffenenkontrollierte Projekte gibt es zu wenige.

Berlin, 19.12.2019